

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie des Frauen- und Jugendzeitalters einrückend. Bringerlohn monatlich 50 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme des Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, E. Telefon 3465. Sprechstunde aus wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Zwingerstraße 21, Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltige Zeitzelle mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzession 50 Pf. Interests müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind für Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Nr. 2.

Dresden, Montag den 4. Januar 1909.

20. Jahrg.

Der Niedergang des kleinen

Gewerbestandes.

Der kleine Mann kämpft gegen die sozialistische Gesellschaft. In Italien ist die Entwicklung der kleinen Gewerbestände ein Hauptgegenstand der statistischen Korrespondenz publizierten Hauptergebnisse der statistischen Betriebsstatistik für Preußen vom 12. Juni 1907.

Die amtlichen Statistiker kommen zu dem Resultat, eine "Entwicklung der Gewerbe zum Großbetriebe" sei unverkennbar! Von 1895 bis 1907 ist in Preußen die Zahl der Kleinbetriebe, d. h. Betriebe ohne Hilfspersonen oder Motoren, also handwerksmäßige Kleinbetriebe, von 951 642 auf 784 197, also um 7,66 Proz. zurückgegangen, während die Wittinhäuser, Gehilfen- und Motorenbetriebe von 791 699 auf 1 111 200, also um 40,37 Proz. zugenommen! Wenn auch ein Teil der Kleinbetriebe sich durch Einstellung von Gehilfen oder Motoren in eine obere Betriebsklasse geschwenkt hat, so kommen die amtlichen Statistiker doch zu dem Schluß: "ein anderer Teil der Kleinbetriebe ist offenbar eingegangen, was einen Rückgang des Kleinbetriebes im allgemeinen und, so weit das eigentliche Gewerbe in Betracht kommt, das Handwerk im besonderen bedeutet!" Alle Versuche, durch kaufmännische Gesetze und Verordnungen den Niedergang der selbständigen Kleinhandwerker aufzuhalten, sind also selbstgeschlagen. Die "Mittelhandspolizisten" haben den Untergehenden nur Hoffnungen erweckt, die nicht in Erfüllung gehen konnten, weil sich die Entwicklung der Volkswirtschaft nicht durch Gesetzparagrafen ihren Weg vorschreiben läßt.

In welchem Maße der selbständige Handwerkerstand unter die Ägide der Großindustrie und des Großkapitals gekommen ist, zeigen folgende Zahlen. Es erschienen

	Personen	1895	1907
auf die Kleinbetriebe		951 642	784 197
" " Gehilfen u. m. Betriebe		4 224 441	7 584 715
Zusammen:	5 878 083	8 368 912	

Von der riesigen gewerblichen Entwicklung innerhalb der genannten 12 Jahre hat das Kleinhandwerk nicht nur nichts profitiert, sondern es hat während dieser Zeit noch ungemessen an Boden verloren. Die Gesamtbevölkerung Preußens hat sich von 1895 bis 1907 um 19 Proz. vermehrt, die Zahl der gewerblich tätigen Personen nahm in derselben Periode um 42 Proz. zu; aber zugleich verminderte sich die Anzahl der handwerksmäßigen Kleinbetriebe um 7,66 Proz. Wer angesichts dieser Umstellungen den Handwerkerstand noch vorzuziehen kann, unke gewerbliche Entwicklung dränge nicht zur kapitalistischen Konzentration, der ist entweder Ignorant oder Demagoge. Tadel läßt die Fählung die Frage nach ganz unberücksichtigt, wieviel einzelne Betriebe schon in einer Hand vereinigt sind.

Auch der Trost ist schwach: wenn auch die Kleinbetriebe sich verminderten, so hätten sich doch die Kleinbetriebe, d. h. solche, in denen bis zu 5 Personen beschäftigt sind, vermehrt, und es seien solche Betriebe immer noch als handwerksmäßige zu bezeichnen. Demgegenüber stellt die amtliche Statistik fest, daß von 1895 bis 1907 die Zunahme der "Hauptbetriebe" und der darin beschäftigten Personen betrug:

	Betriebe	Personen
bei den Betrieben bis 5 Personen	610	12,21
bei den Betrieben über 5 Personen	44,43	66,43

Wieder ein überwältigender Fortschritt der größeren gegenüber den Kleinbetrieben. Auch die Zunahme der Kleinbetriebe ist weit hinter dem Bevölkerungszuwachs zurückgeblieben, was einem Niedergang gleich zu achten ist. Andererseits zeigen die Kleinbetriebe (mit über 500 Arbeitern) einen Zuwachs der Betriebe um 70,4 Proz. und der beschäftigten Personen von 89,11 Proz. auf; hier ist demnach eine doppelt so starke Vermehrung der Arbeiterschaft wie der Volkvermehrung eingetreten. Von 22 Gewerbestruppen weisen 9 eine absolute Vermehrung der Kleinbetriebe auf; am stärksten ist der Rückgang, mit 52,14 Proz. der Betriebe, in der Textilindustrie. In der Textilindustrie hat sich der Übergang der Kleinbetriebe in einen ganz außerordentlich starken Maße vollzogen. 1907 gab es hier 69 Proz. weniger Kleinbetriebe als 1895. Die wirtschaftliche Konzentration der, übrigens auch nur noch meistens dem Namen nach "selbständigen" Handwerker hat sich rapide vollzogen.

Läßt das Großkapital als Revolutionär auftreten, geht klar hervor aus der Betriebsstatistik. Die weitestgehende Konzentration hat sich vollzogen im Handelsgewerbe und in der Gruppe Bergbau, Häfen und Salinen. Hier ist das Großkapital am stärksten erschienen. Sein Weg ist leicht mit den Zahlen des statistischen Handwerkerstandes und der vernichteten Kleinbetriebe.

Italien im Jahre 1908.

14. Rom, 1. Januar.

Zus Jahr 1908 endet für Italien mit dem furchtbaren Messina, der aus Sizilien und Kalabrien löst, wo blühende Städte zerstört wurden, die bevölkerten Landschaften vernichtet, wo Krummerhauften und Leichenfelder sich dehnen an den

Stätten, die vor wenigen Tagen noch Leben sahen, Geschäftigkeit, Arbeit und Kampf. In wenigen Minuten hat das Erdbeben ein Verwüstungswerk von unermesslichem Ausmaß vollbracht. Nach Zehntausenden zählt man die Toten, die Arbeit von Jahrhunderten ist vernichtet, wirtschaftliche Werte zerstört, die den Kraftaufwand vieler Generationen darstellen. Über auch nach dieser furchtbaren Verwüstung seines nationalen Körpers wird Italien zum Gleichgewicht zurückkehren, nach der Erschütterung, die Schmerz und Mitleid bringen, werden das Alltagsleben und seine Forderungen wieder die Oberhand gewinnen. Der Lebende hat recht, und er wird seine Wertstoffe dann auch an das Jahr anlegen, das im Feuerzeichen einer so ungeheueren Katastrophe zu Ende geht.

Was hat dieses Jahr dem Proletariat gebracht?

Es ist ein kampfreiches Jahr gewesen, in dem mancher Keim gereift ist. Die italienische Bourgeoisie hat sich weit langamer als die Bourgeoisie Mitteleuropas zu einer organisierten und folgerichtigen Massenpolitik entschlossen. Lange Jahre hindurch hat sich die herrschende Klasse in einer hold sentimentalen bald brutalen Schaulustpolitik gefallen und war so ziemlich der unzuverlässigste Gegner, den ein Proletariat haben kann. In den letzten Jahren ist das anders geworden, und namentlich das Jahr 1908 bezeichnet hierin eine bemerkenswerte Etappe. Das italienische Bürgertum organisiert sich auf wirtschaftlichem Gebiete und stellt starke Unternehmerverbände den Gewerkschaften gegenüber. Auf politischem Gebiete betreiben sich die Grenzen zwischen den bürgerlichen Parteigruppen immer mehr. Immer mehr bildet sich eine einigste ministerielle Klasse, die von den Liberalen zu den Liberalen geht und sogar die Radikalen in einigen Fragen, wie der Militärärausgaben, auf ihrer Seite hat. Als geschichtlicher Meilenstein und ohne eine andere Grundlage im Lande zu haben als die ideologische, bleibt die kleine republikanische Partei als einzige bürgerliche Opposition.

Die große ministerielle Mehrheit, die als einzige Gegner Republikaner und Sozialisten in Betracht zu ziehen braucht, hat nun das letzte Jahr benutzt, und zwar recht weidlich bemüht, um die Schwächen ihres Klasseninteresses ins Trockene zu bringen. Sie hat dafür in dem Ministerpräsidenten Gio. Littich einen ausgezeichneten Führer; Gio. Littich weiß sehr gut, was er von seiner Mehrheit zu halten hat. Er schlägt sie gering an und zeigt ihr das, aber er hat einen sehr feinen Instinkt in dem Erkennen der bürgerlichen Interessen und eine feste und brutale Faust, um sie durchzusetzen. Und die Mehrheit läßt den Ministerpräsidenten walten wie den lieben Gott. Sie ist die servilste und unschärfste Mehrheit, mit der je eine Regierung zu rechnen hatte: sie geht so weit, wie der Ministerpräsident will, folgt jedem seiner Winke und ist eigentlich nur ein verfassungsmäßiges Mittel zur Verwirklichung der Diktatur.

Und diese Diktatur von Gnaden der Kammermehrheit hat uns in diesem Jahre mit einem Anebelungs-gesetz für die Staatsbeamten beglückt, das ihnen bei Strafe der Entlassung die öffentlichen Kundgebung regierungsfreier Ansichten unterlag. Man hat das Gesetz schon probiert und den Postbeamten Genossen Campanella gemahregelt, der auf dem Kongress der Postbeamtenorganisation in Florenz das Postministerium heftig angegriffen hatte; die Probe verlief infolged nicht ganz programmäßig, als der Gemahregelte bei der Eröffnung im Dezember als Parteifandab in Parlament gewählt wurde. Weiter hat man 223 Millionen neuer Militärausgaben bewilligt. Zur Diskretion der Bekämpfung der militärischen Dienstzeit auf zwei Jahre hatte aber dieselbe Kammer keine Zeit, zur Abschaffung des Kornzolls (7,50 Lire für den Doppelpentner) hatte sie kein Geld, und die Frage der Abgeordnetenämter wurde schon in der Ausschüßberatung zurückgelassen. Nur auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung sind einige, wenn auch sehr geringe Fortschritte zu verzeichnen: die Einführung der Sonntagsruhe im Handel — die Ausdehnung auf die industriellen Betriebe steht bevor — und das Verbot der Nachtarbeit für die Bäcker und Konditoren. Diese letzte Reform wäre bei einem Senate gescheitert; das Oberhaus hat sie nur mit 8 Stimmen Mehrheit angenommen. Für die sozialpolitische Ausbeute eines Jahres ist diese Liste nicht allzulänglich.

Und doch hat es nicht an einem starken Druck des Proletariats für den Ausbau der noch so kümmerlichen Arbeiterschutzgesetzgebung gefehlt. Die italienischen Gewerkschaften haben längst aufgehört, ein belangloser Faktor im Lande zu sein. Der wirtschaftliche Aufschwung, der für Italien mit dem Beginn des Jahrhunderts einsetzte, hat auch im eben vergangenen Jahre angehalten. Der gefährlichste Rückschlag der amerikanischen Krise ist nicht eingetreten. Die italienische Industrie und Landwirtschaft sind imstande gewesen, den starken Rückstrom der Auswanderer aufzunehmen und zu verwerten, ohne daß ein Rückschlag der Löhne eingetreten wäre. Wohl macht sich gegenüber dem Jahre 1907 ein Nachlassen der Streikfrequenz und vor allem ein Steigen in der Verhältniszahl der verlorenen Streiks bemerkbar. Doch es sich hier nicht um Begleiterscheinungen der beginnenden Krise handelt, geht aber aus dem Umstand hervor, daß von 117 Streiks, die im ersten Halbjahre 1908 proklamiert wurden, nur 12 Abwehrstreiks waren.

Nach den monatlichen Veröffentlichungen des Arbeitsamtes sind in den ersten neun Monaten des Jahresverfloßen

Jahres 1428 Ausfälle proklamiert worden, gegen 1862 in der entsprechenden Periode des Vorjahres. Für 1188 war die Zahl der Beteiligten zu ermitteln, sie belief sich auf 258 537. Am stärksten war, wie es in Italien die Regel ist, die Beteiligung der Landarbeiter an der Ausfallsbewegung. In dem betrachteten Zeitraum wurden 180 Agrarstreiks proklamiert. Was den Erfolg betrifft, so endeten nur 19 Prozent der Ausfälle mit einem völligen Siege der Arbeiter, 81 Prozent führten zu einem teilweisen Siege, 30 Prozent gingen verloren, bei 7 Prozent war der Ausgang unentschieden oder unbekannt, die übrigen dauern noch fort.

Der wichtigste Streik des Jahres, der in jeder Hinsicht am folgenschwersten war, ist zweifellos der Agrarstreik von Parma, der am 1. Mai proklamiert wurde und während der Periode seiner größten Ausdehnung 30 000 Arbeiter umfaßte. Bekanntlich hat dieser Streik nach 80tägigem Widerstande mit einer Niederlage geendet. Die lokalistische Arbeitskammer von Parma, die die Bewegung führte, hat in dem Auslande mehr ein Experiment handwerklicher Streikbewegungen gegeben als einen wirtschaftlichen Kampf, in dem die Existenz von Tausenden von proletarischen Familien auf dem Spiele stand. So ist der richtige Zeitpunkt für eine Besiegung verpasst worden und ein Niederstreik verloren gegangen, für dessen Unterstützung das Proletariat rund 200 000 Lire aufgebracht hatte. Ihren Höhepunkt hat die Parmenser Streikbewegung in den Tagen vom 20. bis 24. Juni erreicht, in denen in der Stadt Parma der Generalstreik durchgeführt wurde, um die Regierung zur Herausgabe der militärisch besetzten Arbeitskammer und der beschlagnahmten Register und Gelder zu zwingen. Der Generalstreik endete mit der völligen Durchsetzung dieser Forderungen.

Als Mittel des Protestes hat man weiter den Generalstreik angewendet nach dem Blutbad auf der Piazza del Gesù in Rom, wo die Polizei auf die Teilnehmer eines Leichenbegängnisses Feuer gab, um zu verhindern, daß sie mit roten Fahnen an der österreichischen Gesandtschaft vorbeizögen, und in Florenz, nachdem ohne Not auf streikende Landarbeiter geschossen worden war.

Im Parteileben hat das Jahr wichtige Wendungen gebracht. Der Parteitag von Florenz hat die Parteileitung und das Zentralorgan, den Avanti, in die Hände der Reformisten gelegt. Die politische Situation hat der neuen Richtung in der Partei noch keine Möglichkeit geboten, ihre Methoden auf die Probe zu stellen.

Die Wahlkämpfe des Jahres waren den Sozialisten günstig. So sind die durch den Tod der ministeriellen Abgeordneten erlebigen Wahlkreise von Bolognano und Ciadrombe von der Partei gewonnen worden. Dafür ist der Wahlkreis von Valenza verloren gegangen, dessen Vertreter, Genosse Galbi, im vorigen Juni verstorben ist. Die sozialistische Fraktion im Parlament beläuft sich somit auf 27 Mitglieder in einem Hause von 508 Abgeordneten; die sozialistischen Stimmen freilich betragen bei den letzten Parlamentswahlen 317 719, denen gegenüberstanden 1 129 035 nichtsozialistische Stimmen. Bei den städtischen Wahlen ist die Stadtwahl von San Remo, die seit acht Jahren in Händen unserer Partei lag, verloren gegangen. Dagegen ist Alexandria trotz geradezu unerhörten Protesten der Regierung behauptet worden. Bei den aller zwei Jahre stattfindenden Erneuerungen eines Drittels der Stadtwahlungen eroberten die Sozialisten in Mailand 5 Sitze, in Bologna 4, in Novara 6, in Turin 14 und so weiter.

Das neue Jahr wird nun die Parlamentswahlen bringen und so dem Proletariat Gelegenheit geben, gründlich Abrechnung zu halten mit einer herrschenden Klasse, die sich unfähig zeigt, die Anforderungen der Zeit zu verstehen. In dieser Periode mächtigen wirtschaftlichen Aufschwungs und blühender Staatsfinanzen hat es die italienische Bourgeoisie nicht vermocht, die erdrückende Abgabenlast des Proletariats zu erleichtern. Sie hat trotz der Blüte der Industrie nicht die elementarsten Schutzgesetze erlassen, nicht einmal eine halbwegs brauchbare Arbeiterversicherung geschaffen; Mobin man blüht, stößt man auf uneingelöste Versprechen der Regierung, auf ungetane Arbeit der Bourgeoisie. Für alles dies möge das italienische Proletariat Rechenschaft fordern, einig und geschlossen, seiner Klassen Aufgabe bewußt und für sie kämpfend, wie die Bourgeoisie für ihre Klasseninteressen.

Die Erdbeben-Katastrophe.

Die letzte Nacht Messina.

Eine ergreifende Schilderung des Untergangs von Messina gibt ein deutscher Kaufmann, der wie durch ein Wunder aus dem Chaos gerettet wurde. Sein Bericht wird dem L. V. in folgendem Telegramm übermittelt:

Rom, 3. Januar. Von der Schreckensthat in Messina entwirft der Handlungsreisende Joseph Adler aus Trient ein schauerliches Bild: Nach der Vorstellung im Teatro Vittorio spazierte ich in Messina umher, hielt mich in einigen Cafés auf und schiffte mich um halb fünf Uhr auf der Dampfbohr ein. Gerade als diese, voll von Passagieren, den Anker lösten wollte, erfolgte das Unglück. Ich stand an der Reeling, als plötzlich ein gewaltiges Rucken erfolgte. Die Bohr wurde vom Meer emporgehoben und ins Land geworfen, sogleich wie noch verankert waren. Vor unseren Augen krachten die

Die Vogelfreiheit der Ausländer

Soll jetzt wenigstens insofern eingeschränkt werden, als ihnen eine längere Vollzeitarbeit nach verbüßter Strafe erspart bleiben soll.

Der Seelenhirte als Herr der Schule.

Aus Augsburg wird der amtliche Briefwechsel zwischen einem geistlichen Volksschulinspektor und einem Lehrer bekannt.

Von der kgl. Volksschulinspektion

Ueberlebende Ihnen hiermit beiliegenden Fragebogen, der bis längstens 1. September d. J. auszufüllen ist.

Von der kgl. Volksschulinspektion

Gewiß können Sie sich erinnern, daß ich Sie gelegentlich der heutigen Landtagswahl als Wahlmann aufstellen ließ.

Von der kgl. Volksschulinspektion

Wenn die Herren Lehrer sich solche Dinge gefallen lassen, verdienen sie sie nicht besser.

Eine unerhörte Otkroierhöhung

hat der bürgerliche Gemeinderat der Stadt Straßburg im März beschlossen und der kaiserliche Statthalter genehmigt.

Zur Reichsfinanzreform

Zu Dresden freigelegt, daß neuerdings Verhandlungen zwischen der Regierung und den Führern der Sozialparteien stattfinden.

Zur Ordnung der Finanzen

Das Reichsgericht sprach sich am Sonnabend gegen die indirekte Wiedereinführung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse aus.

Eine polnische Gründung

Landtagsabgeordnete Rosinsky gründete zusammen mit vertriebenen polnischen Sozialisten eine polnische Sparkassenbank für Oberschlesien.

Sühnungsversuche

Der badische Oberkonsul hat den Vorstehenden einer Lehrerkonferenz, die kürzlich in Medardz stattfand, eine Sympathie-Resolution für den gemäßigtesten Hauptlehrer Böhler angenommen.

Reine politische Nachrichten

Vom 4. holländischen Zulassungsregiment wurde nahezu eine ganze Schwadron unter Führung des Korporals Jahnke vermisst.

Neue Unruhen

In Spanien sind Unruhen ausgebrochen. Angehörige des Stimmes der Bakelari sind in die Stadt eingedrungen und plündern dort alles aus.

Neue Unruhen

In Athen sind Unruhen ausgebrochen. Angehörige des Stimmes der Bakelari sind in die Stadt eingedrungen und plündern dort alles aus.

Neue Unruhen

In Athen sind Unruhen ausgebrochen. Angehörige des Stimmes der Bakelari sind in die Stadt eingedrungen und plündern dort alles aus.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 3. Januar. Bei den Senatswahlen wurden im ersten Wahlgang 22 Republikaner, 24 Radikale, 20 Sozialistische Radikale, 8 Progressisten und 4 Konserwatoren gewählt.

Troguignan, 3. Januar. In einer Wählerversammlung von gestern Abend sprach Clemenceau noch einmal und legte das Programm der Regierung dar.

Clemenceau rechtfertigt die eintönigen Darlegungen der Regierung mit recht elenden Gründen. Er scheint vom Deutschen Reichsverband gelernt zu haben.

Italien.

Wien, 3. Januar. Die telegraphisch mitgeteilte Zustimmung der englischen Regierung zu der österreichischen Auffassung des Konferenzprogramms wird in Kreisen des Auswärtigen Amtes mit Genugtuung aufgenommen.

Budapest, 3. Januar. Der Minister des Inneren Graf Andrássy veröffentlicht im Budapesti Hirloap einen Artikel über die Lage, in dem er hervorhebt: Die alte Krise in der Orientfrage ist nicht durch die Annexion hervorgerufen worden.

Belgrad, 3. Januar. Die Suputina nahm eine von der Regierung gebilligte Tagesordnung an, wonach sie Russland, England, Italien und Frankreich für ihre Sympathie dankt.

Konstantinopel, 3. Januar. Der diplomatische Agent Bulgariens erließ beim Großvezir Vorstellungen wegen des Vortrags bulgarischer Waren, obwohl der griechische Botschafter wegen einer geplanten Protestversammlung in der türkischen Frage, vorzeitige Verhandlungen könnten die guten Beziehungen der beiden Mächte trüben.

Russland.

Petersburg, 3. Januar. Zu Beginn der gestrigen Sitzung der Reichsduma beantragte der Redaktionsführer Miljutow folgende Übergangsformel zur Tagesordnung.

Der Antrag wurde mit dem Ruf: hinaus mit ihm! im Zentrum und auf der Rechten beantwortet, rief aber auf den Seiten der Linken stürmischen Beifall hervor.

Der Antrag wurde mit dem Ruf: hinaus mit ihm! im Zentrum und auf der Rechten beantwortet, rief aber auf den Seiten der Linken stürmischen Beifall hervor.

Der Antrag wurde mit dem Ruf: hinaus mit ihm! im Zentrum und auf der Rechten beantwortet, rief aber auf den Seiten der Linken stürmischen Beifall hervor.

Der Antrag wurde mit dem Ruf: hinaus mit ihm! im Zentrum und auf der Rechten beantwortet, rief aber auf den Seiten der Linken stürmischen Beifall hervor.

Der Antrag wurde mit dem Ruf: hinaus mit ihm! im Zentrum und auf der Rechten beantwortet, rief aber auf den Seiten der Linken stürmischen Beifall hervor.

Der Antrag wurde mit dem Ruf: hinaus mit ihm! im Zentrum und auf der Rechten beantwortet, rief aber auf den Seiten der Linken stürmischen Beifall hervor.

Der Antrag wurde mit dem Ruf: hinaus mit ihm! im Zentrum und auf der Rechten beantwortet, rief aber auf den Seiten der Linken stürmischen Beifall hervor.

Der Antrag wurde mit dem Ruf: hinaus mit ihm! im Zentrum und auf der Rechten beantwortet, rief aber auf den Seiten der Linken stürmischen Beifall hervor.

Der Antrag wurde mit dem Ruf: hinaus mit ihm! im Zentrum und auf der Rechten beantwortet, rief aber auf den Seiten der Linken stürmischen Beifall hervor.

China.

Ein unbekannter „Landfänger“. Vor wenigen Tagen ließ der Prinzregent Tsün sein Regierungsprogramm veröffentlichen, das den drückendsten Lebensbedingungen des Reiches abzuhelfen verspricht.

Die Entlassung Yuanfuchais kam gänzlich unerwartet. Infolge der Ernennung des Mandchus Ratung zum Mitglied des Großen Rates verbleiben nur zwei Chinesen im Großen Rat.

Peking, 3. Januar. Man glaubt hier, den Rücktritt Yuanfuchais auf Anträgen von Mandchus zurückführen zu sollen.

Letzte Telegramme.

Die Erdbebenkatastrophe.

Rom, 4. Januar. Die Tribuna meldet aus Messina ein jüdisches folgendes Verbrechen: Gestrichelt das ganze 83. Regiment, alle Karabinieri, alle Zollwächter, die ganze Mannschaft des Truppschiffes, das ganze Seminar, sämtliche Gemeindeväter.

Rom, 4. Januar. In der Stadt Callagione wurde gestern ein heftiges Erdbeben, das von heftigen unterirdischen Getöse begleitet war, verspürt.

Rom, 4. Januar. Das deutsche Schulschiff Hertzka schiffte in Neapel die Leichen zweier Seelen aus, die ihren Tod bei den Rettungsarbeiten in Messina gefunden hatten.

Rom, 4. Januar. (S.A.) Die Provinz Reggio steht unter der Weisel des Hungers und der Kälte. Hungernde warten längs der Wege und stützen drohend ihre Hände aus.

Rom, 4. Januar. (S.A.) Die Provinz Reggio steht unter der Weisel des Hungers und der Kälte. Hungernde warten längs der Wege und stützen drohend ihre Hände aus.

Rom, 4. Januar. (S.A.) Die Provinz Reggio steht unter der Weisel des Hungers und der Kälte. Hungernde warten längs der Wege und stützen drohend ihre Hände aus.

Rom, 4. Januar. (S.A.) Die Provinz Reggio steht unter der Weisel des Hungers und der Kälte. Hungernde warten längs der Wege und stützen drohend ihre Hände aus.

Rom, 4. Januar. (S.A.) Die Provinz Reggio steht unter der Weisel des Hungers und der Kälte. Hungernde warten längs der Wege und stützen drohend ihre Hände aus.

Rom, 4. Januar. (S.A.) Die Provinz Reggio steht unter der Weisel des Hungers und der Kälte. Hungernde warten längs der Wege und stützen drohend ihre Hände aus.

Rom, 4. Januar. (S.A.) Die Provinz Reggio steht unter der Weisel des Hungers und der Kälte. Hungernde warten längs der Wege und stützen drohend ihre Hände aus.

Rom, 4. Januar. (S.A.) Die Provinz Reggio steht unter der Weisel des Hungers und der Kälte. Hungernde warten längs der Wege und stützen drohend ihre Hände aus.

Rom, 4. Januar. (S.A.) Die Provinz Reggio steht unter der Weisel des Hungers und der Kälte. Hungernde warten längs der Wege und stützen drohend ihre Hände aus.

Rom, 4. Januar. (S.A.) Die Provinz Reggio steht unter der Weisel des Hungers und der Kälte. Hungernde warten längs der Wege und stützen drohend ihre Hände aus.

Rom, 4. Januar. (S.A.) Die Provinz Reggio steht unter der Weisel des Hungers und der Kälte. Hungernde warten längs der Wege und stützen drohend ihre Hände aus.

Rom, 4. Januar. (S.A.) Die Provinz Reggio steht unter der Weisel des Hungers und der Kälte. Hungernde warten längs der Wege und stützen drohend ihre Hände aus.

Rom, 4. Januar. (S.A.) Die Provinz Reggio steht unter der Weisel des Hungers und der Kälte. Hungernde warten längs der Wege und stützen drohend ihre Hände aus.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Dresden, Montag den 4. Januar 1909.

20. Jahrgang.

10. 2.

Sächsische Angelegenheiten.

Wahlrechtshandel im Dunkel.

Im Dunkel sogenannter vertraulicher Verhandlungen soll jetzt der Wahlrechtshandel gefördert werden. Dem Berliner Tageblatt wird dazu aus Dresden berichtet:

Das sächsische Volk soll auf der Hut sein, daß es über Nacht nicht ein Wahlrecht bekommt, bei dem ihm abermals die Augen übergeben. Das Wahlrechtshandel wird nämlich gegenwärtig in streng vertraulichen Sitzungen — von denen heute die erste stattfand — von den Direktoren der beiden Kammern, hervorragenden Konservative und national-liberalen Abgeordneten und Mitgliedern der Wahlrechtsdeputation der Ersten Kammer besetzt. Augenblicklich soll in diesen verheimlichten Konferenzen vornehmlich in den Grundrissen ein Wahlrecht festgelegt werden, das schließlich auch die Zustimmung der Zweiten Kammer findet. Neben die Beratungen wird peinliches Stillschweigen bewahrt. Ebenso ist bemerkenswert, daß an den Konferenzen kein Abgeordneter vom linken Flügel der National-liberalen teilnimmt. Offenbar ist der Schwerpunkt in der Wahlrechtsfrage jetzt auf der zuständigen Deputation der Ersten Kammer in diese Konferenzen verlegt worden.

Die Wichtigkeit dieser Meldung wird im wesentlichen auch von anderer Seite bestätigt. So wird den Leipziger Neuesten Nachrichten gemeldet:

Man muß wohl die Hoffnung haben, daß noch im letzten Augenblick etwas zustande zu bringen ist, denn die beteiligten Kreise haben sich selbst am Neujahrstage keine Ruhe gelassen, vielmehr Beratungen und Konferenzen gewichtigster Art gepflogen. Den Schwerpunkt aller Verhandlungen bildet sicher aber die am Sonnabend mittig im Ständebau abgehaltene Konferenz über das Wahlrecht, an welcher die Präsidenten und die Mitglieder des Direktoriums beider Kammern, der Vorsitzende und der Vorsitzende der Wahlrechtsdeputation der Ersten Kammer und einige hervorragende Mitglieder der konservativen wie der national-liberalen Landtagsfraktion teilnahmen. Auch die Vertreter der Regierung wohnten dieser Zusammenkunft bei.

Augenblicklich beschäftigt man, die beiden maßgebenden Parteien der Zweiten Kammer tüchtig schnell zu orientieren über die Vorschläge der Ersten Kammer, die in den nächsten Tagen dann auch in vertraulichen Besprechungen der Gesamt-Fraktion vorgelegt werden sollen. Inzwischen wird dann auch die Wahlrechtsdeputation der Ersten Kammer ihre zweite Sitzung beenden und sich wahrscheinlich auf Vorschläge geeinigt haben, die vorher von den Parteien der Zweiten Kammer als annehmbar bezeichnet worden sind. Sollten diese Vermutungen zutreffen, und manche Anzeichen sprechen dafür, dann liegt die Verabschiedung eines neuen Wahlrechts noch vor dem 22. Januar immerhin im Bereiche der Möglichkeit. Die Öffentlichkeit will man, wie es scheint, erst mit der neuen Form des Wahlrechtsentwurfes bekannt machen, wenn sich zuvor die Wertschätzung beider Kammern dafür ausgesprochen haben und die Aussicht auf die tatsächliche Verwirklichung gegeben ist.

Eine später eingegangene telegraphische Meldung desselben Blattes besagt noch:

Die heutigen Verhandlungen in Sachen der Wahlrechtsreform sind als vertrauliche Besprechungen bezeichnet worden, um nicht gegen einschlägige Bestimmungen der Landtagsordnung zu verstoßen. Wie wir hören, dürften in den nächsten Tagen noch weitere beratende Zusammenkünfte folgen. Die Konferenzen sind, wie es heißt, gesellig, die Vorschläge der Ersten Kammer, die auch die Zustimmung der Regierung haben dürften, anzunehmen. Neben die Anstalten der National-liberalen liegt dagegen noch keine Mitteilung vor; doch geht augenscheinlich das Bemühen gewisser Kreise dahin, auch sie, wenigstens in ihrer großen Mehrheit, für die Vorschläge zu gewinnen. Neben die Vorschläge selbst wird das strengste Stillschweigen beobachtet.

Wenn die Konservativen sich wirklich so schnell mit den Vorschlägen der Ersten Kammer einverstanden haben wollten, ist sicher anzunehmen, daß die Vorlage der Partei keinen deutlichen Erfolg als das Wahlrechts-Schicksal. Entschieden zu verurteilen ist aber die Geheimnisfraktion, die jetzt wieder von neuem betrieben wird. Die Wahlrechtsdeputation hat bisher über ihre Wahlrechtsabsichten noch völliges Dunkel gelassen trotz der offiziellen Mitteilungen, die sie herauszugeben versprochen. Jetzt erwartet man in tiefster Dunkelheit, man betreibe einen Wahlrechtsverkehr mit den Hauptmännern der Zweiten Kammer, der, genau genommen, den Bestimmungen der Landtagsordnung widerspricht. Diese Scheu vor dem Lichte der Öffentlichkeit muß das ohnehin herrschende Stillschweigen noch bedeutend steigern.

Schuldenbeset und Bankrott.

Zur Frage des bekannten Schuldenbesets des Zwidauer Stadtrats und Schuldenbeset, durch welches die Kinder einiger Stadtgemeinden der Stadt Zwidauer Schulen ausgesetzt worden sind, wird uns noch gemeldet: Auf die Angriffe eines Vereines in der letzten Stadtdirektionsversammlung, der behauptete, die Stadt Zwidauer leide unter den beschriebenen Umständen in der Ersten und Zweiten Kammer des sächsischen Landtages, erwiderte der Oberbürgermeister Herr v. A.: Der Ausschluß der Schuldener verschiedener umliegenden Gemeinden aus den Zwidauer Schulen ist deshalb nicht zu billigen, weil man zu der Überzeugung gekommen ist, daß die Schuldverhältnisse in den betreffenden Gemeinden ein höheres seien wie in Zwidauer selbst. Die Schulden der Zwidauer sind bei den einfachen Schulen niedriger, und diejenigen Kinder, welche in eine mittlere und höhere Schule geschickt werden sollen, würden dann einfach der Stadt Zwidauer aufgebracht. Im Jahre 1897 kostete die Stadt jedes auswärtige Kind, welches die höheren Schulen besuchte, 164 M.; unter Berücksichtigung der Erhöhung der Lehrgebühren wird man für 1899 den Betrag von 180 M. annehmen können. Wir erheben 180 M. Schulgeld, es verbleibt also ein Restposten, zu dem auch der armste Steuerzahler beitragen muß. Wenn man die gesamten auswärtigen Kinder, welche die höheren und die Bürgerschulen in Zwidauer besuchen, zusammenzählt, ergibt sich, daß auf den Kopf des Schülers, von Beginn des Schuljahres, 70 M. Rückaus im Jahre 1909 entfallen. 370 Kinder kommen in Frage, das sind ungefähr 26 000 M., welche die Stadt Zwidauer für auswärtige Kinder ausbezahlt. Nehmen man den Restposten für die rund 200 Realpächler von auswärts mit je 150 M. jährlich, zusammen 30 000 M., dann tragen die Steuerzahler der Stadt Zwidauer für die Wais- und Realpächler von auswärts

jährlich 60 000 M., das sind 6 Pf. auf die M. Einkommensteuer, die wir unseren Steuerzahlern anrechnen.

Daraus geht hervor, daß der arme Steuerzahler der Stadt Zwidauer für die reichen Grundbesitzer und Fabrikanten in den umliegenden Ortsteilen, die keine Schulnoten erheben, die Steuer mit aufbringen haben. Das ist, wie auch der Oberbürgermeister Herr v. A. richtig ausführte, eine Ungerechtigkeit, die sich nicht durch eine bloße Schuldenerhöhung aus der Welt schaffen läßt.

Was nun den Bankrott des Zwidauer Geschäftsmannes anbelangt, so habe der Rat der Stadt Zwidauer diese Sache sofort ernstlich erörtern, er habe es aber ablehnen müssen, unter dem Druck der Fabrikanten in der Umgegend Zwidauer mit ihrem Bankrott gegenüber den Oberbürgermeister an folgendem Beispiel:

Ein Zwidauer Geschäftsmann habe den Rat der Stadt Zwidauer in einem Schreiben um Schutz anzurehen und ihm mitzuteilen, daß ihm von Fabrikbesitzern und Direktoren der Umgegend bedeutet worden sei, seine Offiziere würden so lange nicht mehr berücksichtigt, als die Stadt Zwidauer ihren Standpunkt in der Schulfrage und die verschärfsten Maßnahmen der Polizei gegenüber den Automobilisten aufrecht erhalte.

Daraus sei klar ersichtlich, wobei der Wind wehe, man nehme sich eben direkt in die Sachen der Polizeiverwaltung der Stadt Zwidauer ein, und man schäme sich nicht, ganz unbefugte Privatpersonen zu schädigen oder mit Schanden zu bedrohen, falls die Polizeiverwaltung eine Maßnahme, zu deren Durchführung sie auf Grund des Gesetzes verpflichtet ist, nicht zurücknimmt.

Der Bankrott der Herren Fabrikbesitzer, Direktoren usw. in den Villenorten vor Zwidauer wirft ein großes Schandbild auf das Treiben dieser Herren. Sobald sich die wichtigsten Maßnahmen gegen Verschleppungen der sogenannten „besten“ Gelehrten richten, wird die ganze Polizei sofort überflüssig; auf der anderen Seite läßt die Gelehrtheit aber sofort nach, wenn die Arbeiterschaft in eine Lebensgefahr tritt. Zutreffend führte er hinzu auf diese Bankrottandrosung der Oberbürgermeister Herr v. A.: Mir liegen die Knochen des armen Bürgers unserer Stadt; mehr am Herzen als die Nahrung auf die Herren, die mit der Geschwindigkeit von 50 Kilometern unsere Stadt durchfahren. Die Bewohner zu schätzen, ist meine Pflicht; ich habe darüber zu wachen, daß auch Schwerverhörige und Krüppel nicht, wie alte Leute ungeschützt über die Straße gehen können.

Die Stadtdirektion trat, wie schon gemeldet, dem Oberbürgermeister in allen Punkten bei.

Ein ungeklärtes Verbrechen.

Unter dieser Ueberschrift unterbreitet die Sächsische Staatsbeamtenzeitung der Öffentlichkeit folgende Beschreibung: Nach Eröffnung der kantonalen Schlachthausverwaltung im Jahre 1900 wurde mit der Erhebung der Versicherungsgebühren die Zoll- und Steuerverwaltung beauftragt. Die Erhebung der Versicherungsgebühren erfolgt gleichzeitig mit der Erhebung der sächsischen Schlachtsteuer durch die hauptamtlichen Beauftragten der Steuer- und Untersteuerämter, die Steuerrezeptoren und die Beamten der Ortschlachthausverwaltungen. Die Hauptbeamten und die Zoll- und Steuerbevollmächtigten überinspektieren und Prüfungsrechte aus. Ebenso erfolgt die Kontrolle der Versicherungseinträge durch die Steueraufsichtsbeamten. Naturgemäß ist dadurch der Verwaltung eine bedeutende Mehrarbeit erwachsen, die genau der Arbeit entspricht, die die Erhebung und Kontrolle der Schlachtsteuer verursacht. Kamentlich ist nun diese Mehrarbeit bei den mit der Erhebung der Versicherungsbeiträge beauftragten Kantonalstellen sichtbar. Kurz nach Inkrafttreten des Schlachtgesetzes erschienen daher eine Verordnung, wonach den Beamten der Ortschlachthausverwaltungen die sämtlichen Privatbesitzer (Siedler) für jeden Eintrag eine Gebühr von 10 Pf. zu zahlen war. Gleichzeitig wurde aber auch den mit der Erhebung beauftragten Beamten eine jährliche Gratifikation in entsprechender Höhe in Aussicht gestellt.

Den Einsammelbeamten ist die angeworfene Vergütung der Jahre hindurch gezahlt worden. Den Beamten aber (in Frage kommen fast nur immerhin gering besoldete ältere Beamte) ist in den sieben Jahren die versprochene Gratifikation noch nicht ein einziges Mal gemehrt worden. Kein Wort ist in der langen Zeit darüber gefallen; man hat das selbstergegebene Versprechen einfach totgeschwiegen. Da es sich hier aber um eine sächsische Verwaltung handelt, scheint die versprochene Gratifikation als Selbstverleugung dem Spatsystem zum Opfer gefallen zu sein. — Es ist aber zweifellos für den Staat nicht anständig, daß er ein einmal gegebenes Versprechen nicht hält. Dies würde der öffentlichen Moral widersprechen. Es bedarf daher wohl nur dieser Erinnerung, damit die in Frage kommenden Beamten nunmehr die ihnen vor sieben Jahren versprochene „entsprechende“ Gratifikation erhalten.

Ob die Erinnerung genügt, möchten wir noch bezweifeln, denn in solchen Dingen ist man im Finanzministerium etwas hartnäckig. Da wird wohl eine entschiedene Mahnung erforderlich sein. Zufällig ist aber, daß sich die Beamten die Ignorierung ihres Versprechens 7 Jahre lang haben gefallen lassen.

Aus dem Landtage.

Die Bescherbes- und Petitionendeputation der Zweiten Kammer tritt heute zu einer Sitzung zusammen, um eine Anzahl Petitionen zu beraten und Stoff zu schaffen für die am 7. Januar wieder beginnenden Plenarverhandlungen.

Leipzig. Der Rat und die Stadtdirektionen bewilligten für die durch Erdbeben Betroffenen in Südbahnen den Betrag von 10 000 M.

Chemnitz. Im Krematorium sind im Monat Dezember 1908 53 Gläubiger verstorben. Es waren 21 männliche und 22 weibliche Personen. Aus Chemnitz stammten 24, von auswärts 24. Seit der Inbetriebnahme (18. Dezember 1906) fanden 1032 Gläubiger sterben.

Annaberg. Ein Arzt ist im nahe Gostendorfer, einer Gemeinde mit 5000 Einwohnern, ausgebrochen. Von bürgerlichen Blättern wird darüber gemeldet: Da es beiden blühenden Gemeindefürsorge nicht gelungen ist, mit der Ortskrankenkasse neue Verträge zu schließen, haben sie am 31. Dezember ihre Tätigkeit als Kassendirekte eingestellt. Erkrankte Mitglieder behandeln sie vom 1. Januar an als Privatpatienten.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Sonnabend brannte das sächsische Krankenhaus in Kue bis auf die Umfassungsmauern nieder. Zum Glück waren zufällig am Neujahrstage keine Kranken in dem Hause, so daß großes Unglück verhindert wurde. Das Haus war nur von dem Verwalter Wähler und dessen Familie bewohnt. Das Feuer soll aus Fahrlässigkeit entstanden sein. — Die Ehefrau des Fabrikarbeiters Geyerswald in Darsch a. verordnete zum Feuerlöschen Petroleum; hierbei explodierte der Petroleumbehälter. Die Frau erlitt in dieser Verletzung am ganzen Körper, daß sie abends gestorben ist. — Als Waise wurde am Donnerstag in Chemnitz a. der 21-jährige Fischergeselle Klumpen aus der Waise gelandet. Da der Tod nach künftigen Verheiraten bei sich trug, ist ein Verbrechen ausgeschlossen. Wahrscheinlich ist Klumpen perenniert. — Eine Folgen hatte eine Verwechslung, die dem sächsischen Richter Keiler in Dursch a. b. u. in Dorf bei Chemnitz unterliegt. Der Besenname legte eine Flasche, in der er Brantwein vermutete, an, und trank ziemlich viel davon. Statt Brantwein befand sich jedoch Schwefelsäure in dem Gefäß. Die Folgen der Verwechslung war, daß Keiler nach kurzem Schmerzens-tode starb. — Tödlich überfahren wurde am Sonnabend durch ein Automobil in Chemnitz die 63 Jahre alte Marie Reichel. Das linke Vorderrad des Automobils ging der bedauernswerten Frau über den Kopf, wodurch sie in schwere Verletzungen erlitt, daß der Tod alsbald eintrat. — Ein schwerer Unfall hat sich in Warth bei Bausen ereignet. Die sechs Jahre alte Tochter des auf dem Rittergut beschäftigten Verkäufers Walter befand sich allein in der Gasse und wollte mit dem Christbaum spielen, zu welchem Zweck das Kind die Fäden des Baumes ergriffen. Dabei gingen die Fäden des Baumes Feuer und legten es logisch über und über in Flammen, so daß es schreckliche Brandverletzungen erlitt. Als nun die Mutter die schwerverletzte Tochter in das Bausener Krankenhaus einbringen wollte, mußte sie beim Herausheben des Kindes aus dem Wagen die traurige Wahrnehmung machen, daß die Kleine bereits tot war. — Die traurige Wahrnehmung machte, daß die Kleine bereits tot war. — Die traurige Wahrnehmung machte, daß die Kleine bereits tot war. — Die traurige Wahrnehmung machte, daß die Kleine bereits tot war.

Stadt-Chronik.

Gegen die Umsatzsteuer.

Wie bereits kurz berichtet, hat der Kreisbauausschuss in seiner letzten Sitzung die Dresdner Umsatzsteuer von der Zugeschuldung abgesehen, um sie einer speziellen gründlichen Beratung zu unterziehen. Der Vorsitzende begründete dies damit, daß eine Anzahl wichtiger Eingaben zu der Vorlage eingingen sei, die als sehr beachtlich bezeichnet werden müßten. Unter diesen Eingaben befindet sich auch eine der vier Dresdner Konsumvereine, in der unter anderem ausgeführt wird:

„Nach § 2b dieser Steuer sollen auch die zu 90 Prozent aus ganz armen Leuten bestehenden vier Dresdner Konsumvereine davon getroffen werden, und zwar zum Teil mit den höchsten Sätzen der in § 5b näher festgestellten Zweiggeschäftssteuer. Da diese Steuer, gegen die Konsumvereine angewendet, ein ausnahmsweises und offensichtliches Steuerrecht bedeutet, erlangen die Unterzeichneten im Namen der über 44 000 Mitglieder der Vereine, denen sie vorstehen, dieser Sondersteuer die Genehmigung zu verweigern, soweit sie von Konsumvereinen erhoben werden soll.“

Die Konsumvereine sind in keinem Falle unter die Kleinhandelsbetriebe zu rechnen, wegen denen und gegen die man derartige Sondersteuern für nötig und zweckmäßig hält. Sie tragen weder den Charakter der Warenhäuser noch den privaten Zweiggeschäfts. Die Konsumvereine müssen einem unbedingten Bedürfnis ihrer Mitglieder folgen, wenn sie Fiktionen errichten, denn es ist doch ganz unbedenklich, daß die Mitglieder alle an einer Stelle ihre Waren holen können. Die Konsumvereine sind überhaupt keine Kapital- oder Kapitalistengesellschaften, die Gewinne für einzelne Unternehmer oder Aktionäre machen; sie geben ihren Mitgliedern am Jahresabschluss nur das für sie aufgelaufene Geld zurück. Dieses nicht nur den Konsumvereinsmitgliedern selbst, sondern auch dem Staat und der Gemeinde nützliche Streben kann man doch auf keinen Fall mit den Sondersteuern treffen und sozusagen strafen wollen. Es ist ein großes volkswirtschaftliches Verdienst der Konsumvereine, daß sie viele arme zu gemeinschaftlichem Handeln behelfen Erreichung wirtschaftlicher Vorteile bereutigen. Das „Kapital“ der Konsumvereine besteht aus den zusammengelagerten niedrigen Anteilen der Mitglieder, die 30 M. betragen, und von 50 Pf. an nach und nach eingezahlt werden können. Wenn man die Konsumvereine mit Umsatzsteuer belegt, trifft man nicht das mächtige Privatkapital, sondern die wirtschaftliche, oft so sehr empfindliche und geprieglte Selbsthilfe armer Leute, in der Hauptsache Arbeiter. Das ist um so ungerechter und erbitternder, als in Sachen die landwirtschaftlichen und Handwerkervereine aus Staatsmitteln sogar finanziell unterstützt werden und nirgends Umsatzsteuer zu zahlen haben. Die Konsumvereine dienen den wirtschaftlich Schwächsten, auf deren Kosten man nicht berartige, übrigens auch ganz wirkungslose Mittelhandspolier treiben darf.“

Dann wird hingewiesen auf bekannte Äußerungen des früheren Stadtdirektors, jetzigen Stadtrats Dr. Lehmann, des Ministeriums des Innern in einer Verordnung und den Deputationsbericht der Ersten Kammer über den Antrag Spieß. Alle diese Auslassungen sprechen gegen eine Sonderbesteuerung der Konsumvereine. — Weiter ist in der Eingabe gesagt:

„Wir glauben, daß sich die Königliche Kreisbauhauptschaft auf denselben Standpunkt stellen und die Konsumvereine von der Dresdner Umsatzsteuer ausschließen muß. Wie kann man so stille, stille und unaufrichtige Betrübe, wie die der Konsumvereine, so enorm besteuern wollen! Sie treiben keinen unlauteren Wettbewerb, benutzen keinerlei wirtschafterische Mittel, sie pflegen keine Schieberpreise, führen keine Lohndarstellungen, machen keine Scheinverkauf und berichten sogar auf prompte Schaufenster. Sie halten auf die volkswirtschaftlich so wichtige und wertvolle Bar-

Bundesratsverordnungen zum Schutz der Arbeiter.

Der Bundesrat hat zwei jetzt im Reichsanzeiger veröffentlichte Verordnungen auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung erlassen.

Eine kürzere Verordnung vom 22. Dezember ist eine Ergänzung der Bekanntmachung betreffend die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien vom 31. Juli 1897. Sie geht dahin:

Bei Fußböden aus Holz und solchen mit Linoleumbelag kann das tägliche Abwaschen oder feuchte Abreiben für den Fall unterbleiben, daß sie mit einem nichttrocknenden Mineralöl angestrichen sind und täglich abgefeigt werden. Der Delanstrich muß auf Holzfußböden nach längstens acht Wochen, auf Linoleumbelag nach längstens zwei Wochen erneuert werden.

Die zweite Bundesratsverordnung, vom 19. Dezember datiert, bezieht sich auf die Grobsteinindustrie. Im Reichstag ist wiederholt, insbesondere von sozialdemokratischer Seite, betont worden, daß die Arbeiter in der Grobsteinindustrie überanstrengt und gefährdet werden. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurden Beschlüsse über die Überarbeit, gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit und ausreichende Pausen gefordert. Die Mehrheit des Reichstags stimmte indes nur einer Resolution zu, die eingehende Untersuchungen über die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der Grobsteinindustrie verlangte. Die jetzt erlassene Bundesratsverordnung genügt den zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter nötigen Vorschriften nicht. Sie kann nur als Annäherung einer amtlichen Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse in der Grobsteinindustrie betrachtet werden. Durch sie wird angeordnet, daß alle Arbeiter, die über die Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit hinaus beschäftigt werden, mit Namen in ein Verzeichnis einzutragen sind, das über die Ueberstunden genau Auskunft gibt. Die Verzeichnisse sind monatlich der Ortspolizeibehörde einzureichen. Ferner müssen in allen Schichten, die länger als acht Stunden dauern, jedem Arbeiter Pausen in einer Gesamtdauer von zwei Stunden gewährt werden. Vor dem Beginn der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit muß für jeden Arbeiter eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens acht Stunden liegen. Doch findet diese Bestimmung auf die Regelung der Wechselfächigkeit keine Anwendung. Arbeiten, die in Notfällen unverzüglich vorgenommen werden müssen, fallen nicht unter diese Vorschriften, sind aber der Ortspolizeibehörde binnen drei Tagen schriftlich anzuzeigen. Die Vorschriften regeln endlich die Anwendung der neuen Bestimmungen im einzelnen. Insbesondere fehlt also der Verordnung die dringend notwendige Festlegung einer Maximalarbeitszeit.

Der Wortlaut der Verordnung ist folgender:
Bekanntmachung betreffend den Betrieb der Anlagen der Grobsteinindustrie.

Auf Grund der §§ 120e, 130b der Gewerbeordnung hat der Bundesrat folgende Bestimmungen über den Betrieb der Anlagen der Grobsteinindustrie erlassen.

§ 1. Die nachstehenden Bestimmungen finden Anwendung auf die folgenden Werke der Grobindustrie: Kohlenwerke, Hüttenwerke und Mähmaschinenfabriken, Eisenwerke, Puddelwerke, Hammerwerke, Preßwerke und Walzwerke.

Sie finden Anwendung auf alle Betriebsabteilungen dieser Werke einschließlich derjenigen Reparaturwerkstätten und Nebenbetriebe, die mit ihnen in einem unmittelbaren betriebstechnischen Zusammenhange stehen.

§ 2. Alle Arbeiter, die über die Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit (§ 134b Abs. 1 Nr. 1 der Gewerbeordnung) hinaus — das ist über die in der Arbeitsordnung als regelmäßige tägliche hinaus — beschäftigt werden, sind mit Namen in ein Verzeichnis einzutragen, das für jeden einzelnen über die Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit und der Ueberstunden, die er an den einzelnen Tagen geleistet hat, genau Auskunft gibt. Das Verzeichnis ist nach dem Schlusse jedes Monats der Ortspolizeibehörde einzureichen. Der höheren Verwaltungsbehörde bleibt es vorbehalten, nähere Bestimmungen über seine Form zu erlassen.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann auf Antrag diejenigen Unternehmer von der Führung dieses Verzeichnisses befreien, welche die Vorarbeiten nach einem vorgezeichneten Muster führen lassen, ihre Einsicht dem in § 130b der Gewerbeordnung bezeichneten Beamten jederzeit gestatten und ihm die von der höheren Verwaltungsbehörde bezeichneten Auszüge aus den Listen einreichen.

§ 3. In allen Schichten, die länger als acht Stunden dauern, müssen jedem Arbeiter Pausen in der Gesamtdauer von mindestens zwei Stunden gewährt werden. Unterbrechungen der Arbeit von weniger als einer Viertelstunde kommen auf diese Pausen nicht in Anrechnung. Ist jedoch in einzelnen Betriebsabteilungen die Arbeit naturgemäß mit zahlreichen, hinlängliche Ruhe gewährenden Unterbrechungen verbunden, so kann die höhere Verwaltungsbehörde für eine solche Betriebsabteilung auf Antrag unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gestatten, daß diese Arbeitsunterbrechungen auch dann auf die zweifelhafte Gesamtdauer der Pausen in Anrechnung zu bringen sind, wenn die einzelnen Unterbrechungen von kürzerer als einviertelständiger Dauer sind.

Eine der Pausen (Mittags- oder Witternachtspause) muß mindestens eine Stunde betragen und zwischen das Ende der fünften und den Anfang der neunten Arbeitsstunde fallen. In Fällen, wo dies die Natur des Betriebes oder Rücksichten auf die Arbeiter geboten erscheinen lassen, kann die höhere Verwaltungsbehörde auf besonderen Antrag unter Vorbehalt des Widerrufs gestatten, daß diese Pause — unbeschadet der Gesamtdauer der Pausen von zwei Stunden — auf eine halbe Stunde beschränkt wird.

Wenn Rücksichten auf die Arbeiter dies geboten erscheinen lassen und die Schicht nicht länger als elf Stunden dauert, kann die höhere Verwaltungsbehörde in gleicher Weise gestatten, daß die Pausen auf eine Stunde beschränkt werden.

Soweit dies zur Vermeidung von Betriebsgefahren nötig und die Einstellung von Gesohararbeitern mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, können die Arbeiter angehalten werden, während der Pause in der Nähe der Arbeitsstelle zu bleiben, um in dringenden Fällen zur Hilfeleistung bereit zu sein.

§ 4. Vor dem Beginne der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit (§ 134b Abs. 1 Nr. 1 der Gewerbeordnung) muß für jeden Arbeiter eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens acht Stunden liegen.

Diese Bestimmung findet auf die Regelung der Wechselfächigkeit keine Anwendung.

§ 5. Die Bestimmungen der §§ 3, 4 finden keine Anwendung auf Arbeiten, die in Notfällen unverzüglich vorgenommen werden müssen. Sind solche Arbeiten in Abweichung von den Bestimmungen der §§ 3, 4 ausgeführt worden, so ist dies der Ortspolizeibehörde binnen drei Tagen schriftlich anzuzeigen.

Wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb eines Werkes unterbrochen haben, können Ausnahmen von den Bestimmungen der §§ 3, 4 auf die Dauer von vier Wochen durch die höhere Verwaltungsbehörde, auf längere Zeit durch den Reichskanzler ausgelassen werden.

§ 6. In dem im § 1 bezeichneten Werken muß an einer in die Augen fallenden Stelle eine Tafel ausgehängt werden, die in deutscher Schrift die vorstehenden Bestimmungen wiederergibt.

§ 7. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. April 1909 in Kraft.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zur Naturgeschichte der Weiden.

Es wird für alle Arbeiter, namentlich aber für die Mächtigen, von Interesse sein, nachstehende Briefe kennen zu lernen.

Herrn Stadtrat Baumann, Seidel u. Nannmann, Dresden-Altschloß.

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Vor acht Tagen sprach ich mit Ihnen über die Zukunft unserer Dresdener Weiden. Ich glaube, daß Sie bisher etwas zurückhaltend waren, weil Sie die Gründung eines Vereines in Ihrer schätzten Firma nur energisch durchzuführen sahen. Sie werden sehen, wieviel Freude und Stolz Ihnen der Verein noch bereiten wird.

In den Werken, wo über 100 Arbeiter beschäftigt werden, kann man denn vielleicht ebenfalls Werkereine gründen. In den kleineren Werken, die weniger als 100 Arbeiter beschäftigen, würde es sich empfehlen, die Weiden in anderem gelbes Metallarbeiterverband (Sieg Berlin) zu sammeln. Es müßte dann eine Ortsgruppe für Dresden gebildet werden.

Sie sind sprachlos davon, daß er die Direktoren erschrecken sollte, für die etwa 50 Vertrauensleute des Bund zu bestehen. — Wir würden uns sehr freuen, wenn wir öfter Artikel geliefert bekommen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius.

An den Arbeiterverband Deutscher Glasfabriken
2, 8, des Herrn Strichow
Dresden bei Dresden.

Ihre Schreiben vom 25. d. M. erhielten wir. Die gelben Arbeiterorganisationen sind entstanden durch den Terrorismus sozialdemokratischer Gewerkschaften. Da ein großer Teil der unorganisierten Weiden nicht streiken will, durch die sozialdemokratische Streik- oder in Mitleidenschaft gezogen wird, so hat sich ganz von selbst eine Organisation der Unorganisierten gebildet.

In Berlin gibt es 11 in einem Bund zusammengeschlossene gelbe Vereine und 5 angeschlossene Gastvereine mit zusammen 25000 Mitgliedern. Im übrigen Deutschland zählt man etwa 30 gelbe Vereine. Insgesamt dürfte unsere Mitgliederzahl 50000 in Deutschland betragen. Der Dresdener gelbe Arbeiterverein zählt 3000 Mitglieder, davon 1600 bei Seidel u. Nannmann. Die Dresdener Bewegung hat durch das Eingehen der freien Deutschen Presse — einem selbst Tageblatt — einen Rückschlag erhalten. Die Arbeiter sollen hierbei 60000 M. verloren haben. Unter gelber Arbeitsnachweise in Berlin ist unter Hauptpatronatschutz zur Gründung neuer gelber Vereine. Ich werde aber zu, daß ein gelber Arbeitsnachweise für die Glasindustrie wohl nicht in Betracht kommt. Nachstehend gebe ich Ihnen eine Abschrift eines Schreibens an die Hauptstelle Deutscher Arbeitervereine.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius.

Direktion der Nähmaschinenfabrik Seidel & Nannmann, Dresden-Altschloßliche Direktion!

An dem Tage, an dem ich Ihre gültige Erlaubnis, Sie zu besuchen, erhielt, strande ich an einer Mandelkernschwindsche, von der ich noch nicht hergestellt bin. Sobald es meine Gesundheit erlauben würde, komme ich in anderen geschäftlichen Angelegenheiten nach Dresden und werde mir erlauben, Ihnen meine Aufwartung zu machen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius.

An den Arbeiterverband deutscher Glasfabriken.
Dresden bei Dresden.

Ihre werte Postkarte vom 20. d. M. haben wir erhalten. Wir glauben, daß es ganz leicht sein wird für die Glasfabriken, entweder zu einem gelben Arbeiterverein oder eine gelbe Zentralorganisation im Leben zu führen. Die Gründung geht so vor sich, daß drei oder vier Arbeiter ein Statut fertig machen, den Verein gründen, die Statuten drucken lassen und dann durch Flugblatt zum Beitritt in den Verein auffordern. Dadurch, daß Sie dem Verein eine laufende Zeitschrift geben, die gar nicht groß zu sein braucht, gewinnen Sie ein dauerndes Publikumsrecht über den Verein.

Sehr wichtig ist es, daß Sie die Vereinsmitglieder zu gelben Weiden erziehen. Das geschieht vorwiegend durch die Vereinstätigkeit. Es liegt in Ihrem Interesse, ein solches Vereinsblatt Ihren Arbeitern vorläufig unentgeltlich zu liefern. Später wird die Zahlung von dem Vereinslokale bezahlt. Nähere Auskunft erhalten Sie auch von dem Betriebsausstus des Siemens-Werke, Berlin SW., Kottbuscher Platz 3.

Wenn Ihnen sehr viel daran liegt, können wir Ihnen auch einen Agitator zu senden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius.

Herrn Direktor Janke, Dresden-Altschloß.
Schloßstraße.

Ich möchte Sie gern in einer größeren Angelegenheit sprechen und frage an, ob Sie gelegentlich nach Berlin kommen oder ob ich nach Dresden kommen soll und wann.

Hochachtungsvoll Rudolf Lebius.

Herrn Werkmeister Wilhelm Stäber, Dresden, Gehlischstraße 8.
Meister Bürger!

Mit bestem Danke habe ich das von Ihnen gesandte Material empfangen. Infolge der Angelegenheit bitte ich um Ihre Auskunft. Unsere Organisationsformen vermissen dem Bewusstsein der praktischen Lebens nicht völlig zu genügen. Es gibt abgesehen keine Fabriken, die sich aus Mangel an beachtlichen Fabriken nicht zu Arbeitervereinen zusammenschließen lassen. Ferner Meinung nach werden wir betreten unbedingt zu einer ergänzenden Zentralorganisation greifen müssen. Nun wäre es aber ja ganz unmöglich, eine neue Zentralorganisation zu schaffen. Ich frage deswegen ergeben an, ob Sie unter Umständen bereit wären, Ihre Organisation auf Berlin auszuweiten.

Mit freundlichem Gruß Rudolf Lebius.

Unter Anderem kennen den Schneider der Briefe, die ihm ganz aus den Augen geschritten sind. Die Briefe sind vom Herbst 1907 bis zum Sommer 1908 verfaßt und abgehandelt worden. Zu gleicher Zeit haben

zahlreiche andere Firmen, Arbeitgeberverbände und Einzelpersonen ähnliche Briefe erhalten, so der Bochumer Verein, die sächsischen Metallindustriellen, die Harpener Berg- und Baugesellschaft, die bayrischen und die württembergischen Metallindustriellen, einzelne Eisenbahndirektionen, Siemens und Halske, die Hamburger Reeder, die Direktion der Hamburg-Amerika-Linie, die Berliner Arbeitgeberverbände, selbst der Verband der Industriellen in Wien. Der Verband der sächsischen Metallindustriellen ist allein mit einem Dutzend solcher Briefe beglückt worden, und der Pottsdamer Verein fehlt so wenig unter den Adressaten wie die deutsche Kolonialgesellschaft. Seiden Vereinen erklärt der weite Bürger Rudolf Lebius seinen Beitritt als Mitglied.

Die Briefe dienen alle dem gleichen Zweck: Gründung von gelben Vereinen, Gewinnung von Abonnenten auf den Bund und verschleierte oder unverleierte Wettstreit. Auch in der Wache sind sämtliche Briefe nach gleicher Fasson geflochten. Ist der Empfänger ein Unternehmer oder Direktor, so wird er mit „Sehr geehrter Herr“ angedeutet, dem Lebius am Schlusse keine „vorgedruckte Hochachtung“ verleiht. Ist aber der Empfänger ein Arbeiter, so muß er sich an der Rede „weiser Bürger“ und an einem „freundlichen Gruß“ genügen lassen. Lebius ist eben ein Mann von Welt und weiß seine Gefühle wie den Grab seiner Hochachtung und Ergebnis genau abzumessen. Als abgefügter Feind der sozialdemokratischen Gleichberechtigung sucht er auch das Feilschmonat nach dem Feilschmonat des Empfängers an gesellschaftlicher Würde ab. Dem einen bietet er 5 Pf. pro Seite, einem anderen 10 Pf. und dem Dr. Schellwien in Berlin 15 Pf. Verpflichtet er den Unternehmern, daß sie „viel Freude und Stolz“ an ihren gelben Vereinen erleben werden, so möchte er vor allem selbst Freude an seinem Werke erleben; denn in einem Briefe an den General Pöbel in Berlin klagt er bitter darüber, daß ihm nicht einmal ein Darlehen von 5000 bis 6000 M. gegeben worden sei; um sich „von seinen sozialdemokratischen Peinacern zu befreien“, obwohl das Darlehen „in spätestens zwei Jahren zurückbezahlt werden würde“. Lebius hofft demnach, aus seiner Arbeit für die Weiden so viel herauszuschlagen zu können, daß ihm außer den Kosten des Lebensunterhalts — und er lebt nicht schlecht — noch mindestens 3000 M. jährlich übrig bleiben.

Es kann ihm auf die Dauer nicht fehlen, die Unternehmer halten ihn aus, und er wird der sozialdemokratischen Schlange den Kopf zerstreuen, sei es für 5 Pf., 10 Pf., oder für 15 Pf. pro Druckzeile.

Inland.
Die Wiederaufnahme der Arbeit in den Streikbetrieben.
Schon programmatisch von hatten zu gehen. Bisher haben alle Arbeiter, welche von der Fabrikleitung eine schriftliche Aufforderung erhalten haben, die Arbeit aufgenommen. Die Einstellung erfolgt aus betriebstechnischen Gründen teilweise, jedoch so, daß nach der ersten Januarwoche 50 Proz. und der Rest der Arbeiter bis zum 15. Februar wieder beschäftigt sind.

Zur Beendigung des Kampfes auf dem Streikbetriebe hat der Vorstand des Verbandes ein Flugblatt herausgegeben und im Industriebezirk Mannheim verteilen lassen. Es muß darin nachgewiesen, daß kein Vorgehen eine unbedingte Notwendigkeit war, das aber das Streikende wesentlich günstiger für die Streikenden ist als das, was die Firma im September anbot. Die Einstellung der Arbeiter erfolgt nach dem mit dem Verband vereinbarten Tarifvertrag. Es wird ferner in dem Flugblatt der Vorwurf erhoben, daß bei der Abstimmung an einer Reihe von Stichen im Interesse der Arbeitgeber die Stimmung für alle um Lichte Eigenen im Sinne der Fortführung des Streiks ausgeübt wurden. Der Vorstand hält im Interesse der Gelangung des Verbandes handeln müssen, wie er gehandelt. Ihm habe die endgültige Entscheidung in den vorliegenden Fällen zu. Zum Schlusse der überzeugenden Darlegungen heißt es:

„Die Kollegen mögen also ruhig überlegen, welche Chancen sie denn bei einer Ausperrung gehabt hätten, mögen sie der Wahrheit die Gerechtigkeit geben und eingestehen, daß die Ausperrung ihnen unangehener wirtschaftlichen Schaden gebracht hätte, dem auf der anderen Seite auch nicht der geringste Erfolg gegenüberstände, und sie werden zugehören müssen, daß recht gehandelt wurde.“

Wie die Wiederaufnahme der Arbeit zeigt, scheinen die Worte des Vorstandes auf empfindlichen Boden gefallen zu sein, so daß die Organisation ohne Schädigung aus dem Konflikt hervorgehen dürfte.

An die Glasarbeiter.
richtet sich eine Warnung, die der Frankfurter Tagespost aus Paris zu geht und die besagt, die Glasarbeiter der Göttinger Glaswerke vor Ueberleitung nach Paris, besonders nach Choisy-le-Reuil, zu warnen. Es ist ein Deutscher, Gustav Derlich, welcher deutsche Schleifer und Polierer zu engagieren sucht, ihnen alles verspricht und vorredet, und wenn sie selbst bei ihm sind, werden sie nur gebraucht, um Leute anzulernen, um dann gewidrig sein zu müssen, entlassen zu werden. Derlich ist nicht leicht Gef, nur Meister, wiewohl er sich als Eigentümer ausgibt; das Geschäft gehört einer Pariser Firma. Einen deutschen Schleifer, den er kommen ließ, warf er nach acht Tagen hinaus ohne einen Pfennig Abfertigung. Dabei verspricht der Arbeiter ein Wort französisch. Derlich sucht Leute, die sich in Paris nicht helfen können, dabei sind für Deutsche die Verhältnisse in Paris ganz anders; das Leben ist sehr teuer und heißt sich ein Arbeiter mit 30 Mark in Deutschland besser als in Paris mit 50-60 Franc. Derlich verlangt von der Schleiferei und Poliererei absolut gar nichts. Er sucht besonders Leute nach Paris zu geben, die verheiratet sind, damit dieselben nicht so leicht wieder fort können.

Die Tarifbewegung der Kasseler Buchbinder nimmt erstarrte Formen an. Am 2. Januar lief die Kündigung ab, und da bis dahin keinerlei eine Einigung zustande gekommen sein dürfte, traten dann die Buchbinder und Buchbinderinnen in den Streik, um ihren minimalen Forderungen Nachdruck zu geben. Die Kasseler Unternehmer haben sich bereits nach Krefeld wenden um und intervenieren in den verschiedenen Tagesstellungen und Fachblättern. Die Streikenden erwarten, daß niemand ihnen in den Rücken fällt. Nachen ist für Buchbinder und Buchbinderinnen gesperrt.

Die Rot der Arbeitslosigkeit.
macht sich allüberall bitter bemerkbar. In Braunschweig wären Mitte Dezember allein von den Mitgliedern der vierundzwanzig Gewerkschaften, die die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt haben, nach einer von Gewerkschaftskomitee bewirkten Zusammenkunft zum 600 arbeitslos, ebenfalls als in früheren Krisenjahren insgesamt an Arbeitslosen ge zählt wurden.
In derselben Zeit des Jahres 1907 hatten diese Gewerkschaften nur 188 Arbeitslose. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder zum Vergleich dürfte in der Stadt Braunschweig 1900 bis 1900 betragen. Von den Braunschweiger Gewerkschaften wurden im Jahre 1907 bis 1. Dezember 1130 Arbeitslose für 2657 Arbeitslosenlager mit 18325 M. unterstützt, im gleichen Zeitraum 1908 aber 2510 Arbeitslose für 43263 Tage mit 47460,86 M. Dabei hat die letzte Organisation, der Metallarbeiterverband, der allein ein Drittel der sämtlichen Arbeitslosen zu unterhalten hat, keine Angaben für 1908, nur bis zum ersten Oktober verzeichnet. Unter erheblich verführter Arbeitslosigkeit sind über 4000 Personen beschäftigt.

Aus der Knabenzeit

Lebenserinnerungen von Karl Gutzkow 1811 bis 1891

Der Vater des Knaben ruft allerdings nur die soziale Position eines ersten Mannes... Aus der Knabenzeit... Die Jahre in Knabenzeit haben sich etwasi, aber ich verlaufe es...

lagte der ungewisse Gedanke, daß ich in der Welt ausfallen und ge... bei den ungewissen Gedanken, daß ich in der Welt ausfallen...

Bei den ungewissen Gedanken, daß ich in der Welt ausfallen... Die chemische Untersuchungsamt der Stadt Dresden wird...

Dresdner Kalender

Heute, Reperetore vom 4. Januar, Opernhaus... Wochenplan der Königl. Hofkapelle, Opernhaus...

Religionsstunden. Am Sonntag steht die Hoch... die Hochzeit des Königs in Sachsen...

Ständische Ründe. Nach Verzicht der Jahresabschlussfeier... die Jahresabschlussfeier...

In der Galerie Graf Arnolds bei der Hof... die Hofgalerie...

Verträge. Zweijährige Verträge. Ende Montag... die Verträge...

Jugendbildungsverein von Dresden... der Jugendbildungsverein...

in eine hochwürdige mit vielen... die hochwürdige mit vielen...

Einzelne. Soeben im Olymp... die Einzelne...

„Sehr“ erwiderte Goethe... die „Sehr“ erwiderte Goethe...

„Ein bescheidenes Märchen... die bescheidenes Märchen...

„O, du Vater!“ lautete die Antwort... die Antwort...

„Sie wollten werden aber... die wollten werden aber...

kleine Mitteilungen. Ein feierliches Gedächtnis... die Mitteilungen...

Erich Hebebrint

WOMAN DAS ISE FRAUEN

Wieder den Verfall des Mannes sah der Mann, und froh und leicht lag der arme Mann über der geschäftigen Welt.

Früher als gewöhnlich war Erich Hebebrint an diesen Abend dem Theater gekommen und hatte an der dritten, feierlichen Vorlesung im alten Jungfernhof seine Mutter getroffen, die wie gewohnt, auf ihn wartete. Sie schaute ihn an, wie gewohnt, auf ihn wartete. Sie schaute ihn an, wie gewohnt, auf ihn wartete. Sie schaute ihn an, wie gewohnt, auf ihn wartete. Sie schaute ihn an, wie gewohnt, auf ihn wartete.

Der Theater war abendlich voll von Vergnügungssüchtigen, und wenn auch die Vorlesung meistens gerissen und unvollständig verlief, blieben doch viele junge Mädchen an diesen Abenden mit ihren Eltern bei den Vorlesungen. Sie sahen die Väter und Mütter an, wie sie ihnen die Hand drückten, wie sie ihnen die Hand drückten, wie sie ihnen die Hand drückten.

„Auf einmal ward Frau Hebebrint in ihren Betrachtungen unterbrochen, der kleine Junge schaute sich recht mit dem Kopf hinstehend gegen die Wand der im Hintergrunde und schielte die Augen.“

„Nun, er ist müde,“ sagte Frau Hebebrint unwillkürlich. Die junge Frau richtete den kleinen wieder auf. „Er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

„Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

„Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

„Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

„Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

„Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

„Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

„Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

„Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

„Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

„Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

„Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

„Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

„Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

Umschau

Theater Schauspielbank. Bei Gelegenheit sollte an Samstagabend ein Schauspiel gespielt werden. Die Vorstellung war sehr gelungen. Die Schauspieler haben sehr gut gespielt. Die Vorstellung war sehr gelungen.

Opernhaus. Nach einer Pause von 4½ Tagen wurde am Sonntag die „Festung“ von Richard Strauss wieder aufgeführt. Die Vorstellung war sehr gelungen. Die Schauspieler haben sehr gut gespielt.

„Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck. „Nun, er ist müde,“ wiederholte Frau Hebebrint in ruhiger, aber mit einem gewissen Nachdruck.

Städtische Bühne. Die Vorstellung von „Die Hugenotten“ war sehr gelungen. Die Schauspieler haben sehr gut gespielt. Die Vorstellung war sehr gelungen.

Die Vorstellung von „Die Hugenotten“ war sehr gelungen. Die Schauspieler haben sehr gut gespielt. Die Vorstellung war sehr gelungen.